

16. Juni 2021

**Postulat**

Fraktionen SP, AL und  
parlamentarische Gruppe EVP

Der Stadtrat wird aufgefordert, zusammen mit der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich (SAW), zu prüfen, ob die per 01.10.21 geplante Löschung der Wartelisten der Siedlungen sistiert und sichergestellt werden kann, dass die auf eine Wohnung der SAW wartenden Personen kontaktiert und deren Wohnbedürfnisse aufgenommen werden.

Zudem wird der Stadtrat ersucht, auf die von der SAW per 01.10.21 geplante Einführung eines neuen Vermietungsprozesses (Onlineanmeldung und Auswahl mit Zufallsgenerator) zu verzichten und mittelfristig ein den Bedürfnissen älterer Menschen angepasster Vermietungsprozess einzuführen.

Schliesslich soll die Wohndelegation des Stadtrats prüfen, wie das Wohnungsangebot der SAW rasch erweitert werden kann.

**Begründung:**

Anfang Mai hat die SAW bekanntgegeben, dass ihre Wartelisten geschlossen worden seien und im Oktober 2021 ein neues Vergabesystem eingeführt werde. Das vom Präsidenten und der Geschäftsleiterin der SAW unterzeichnete Schreiben hat tausende Menschen ratlos und wütend gemacht und etliche von ihnen in eine Krise gestürzt. Obwohl bis Anfang Juni 400 Betroffene protestiert haben halten die Verantwortlichen der SAW noch eisern an ihrem schon September 2020 gefassten Beschluss fest.

Es ist offensichtlich, dass sich die SAW angesichts der sich verschärfenden Wohnungskrise selbst in einer Notlage befindet. Ihre Anstrengungen, das seit langem bei 2000 Wohnungen stagnerende Angebot auf 2500 Wohnungen zu erhöhen, werden erst ab Mitte der 2020er-Jahre Ergebnisse zeigen. Die Streichung der Warteliste ist jedoch kein vernünftiger Ansatz, die Notlage der SAW zu bewältigen. Die Massnahme führt im Gegenteil dazu, dass der heute offensichtliche Handlungsbedarf vertuscht wird.

Die Stadt Zürich wird nicht darum herumkommen, eine Wohnbauoffensive für Menschen im Alter zu lancieren. Kurzfristig sind alternative Lösungen zu suchen, um den riesigen Nachfrageüberhang zu bewältigen und den auf der Warteliste der SAW stehenden Menschen eine Perspektive zurückzugeben. Dabei braucht die SAW die Unterstützung des gesamten Stadtrats.

Antrag auf dringliche Behandlung und gemeinsame Beratung mit der dringlichen Interpellation 2021/209



A. Kirscher

